Vorwort

Ist die Finanzkrise vorbei? Können wir zur Tagesordnung übergehen? Haben wir die Fragen gelöst und wissen wir, wie es weiter geht? Antworten gab es schon vor den Fragen. Alle Zeitungen hatten Ende 2008 Sonderseiten herausgebracht, mit denen sie die Krise einfach erklären wollten. In der Öffentlichkeit erläuterten dieselben Wirtschaftsweisen, Wirtschaftspolitiker und Bankenchefs, die die Vergangenheit gesteuert hatten, warum die Krise kam und wie wir die Zukunft meistern werden. Dabei gaben sie anfänglich noch gerne zu, dass sie und ihre Kollegen (Kolleginnen gab es weniger) von falschen Annahmen über das selbstständige Wirken des Marktes, die abnehmende Rolle des Staates in der Wirtschaft und die Erfolge einer rein finanziellen Unternehmensführung geleitet worden waren und falsche Prognosen und Einschätzungen verbreitet hatten. Sie sprachen von der Notwendigkeit von Regulierung statt Deregulierung, von Verstaatlichung statt von Privatisierung, von unmoralischen statt von Top-Managern, von nachhaltiger Wirtschaft statt vom shareholder value, von Brot und Arbeit statt von der Eigenkapitalrendite.

Für das Andere, das Unverständliche, kamen kurzfristig die anderen, die Philosophen (Süddeutsche Zeitung), Psychoanalytiker (Handelsblatt), Ethiker und Alternativen zu Wort. Doch das ist nun alles vorbei. Das Geldsystem hat sich stabilisiert und an die staatlichen Defizite haben wir uns schon gewöhnt. Diejenigen, die uns die schlimmste Krise seit 100 Jahren prophezeit hatten, erfreuen uns nun wieder mit optimistischen Prognosen, wenn man nur „der Wirtschaft“ ihren Lauf lässt und ihr nicht in den Rücken fällt.

Ist das Buch zu spät geschrieben? Hätte ich einen Schnellschuss wagen sollen wie alle diejenigen, deren Sofortdeutungen neben der Ladenkasse aufgestapelt ein unmittelbares Bedürfnis der Menschen befriedigten?

Für mich ist diese Krise nicht 2008 eingetreten. 2008 hat sie nur die Chefetagen der Banken, Unternehmen und Regierungsgebäude erreicht. Sie ist bei den Investoren und Geldbesitzern angekommen, die in bisher nicht gekannter Weise ihre Positionen in der Gesellschaft auf Kosten anderer mit einer einzigen Behauptung erreichen konnten, dass man durch die bloße Vermehrung von Geld mehr Ansprüche auf das erwerben kann, was insgesamt geschaffen wurde. Für mich hatte die Krise schon begonnen, als die Armen seit der neuen Politik Ronald Reagans und Margret Thatchers, der Chicago Schule und dem Sieg der Monetaristen

immer ärmer und die Reichen immer reicher wurden, als ein genereller Mechanismus der Umverteilung einsetzte, bei dem das Kapitaleinkommen wichtiger als das Arbeitseinkommen wurde. Im Hamburger Institut für Finanzdienstleistungen konnte ich mit Juristen, Soziologen, Ökonomen und Politologen seit über 20 Jahren diese Entwicklung vor allem für die Verbraucherverbände beobachten und Analysen verfassen. Dabei entdeckten wir die Rückkehr des Wuchers in das Geldsystem, Überschuldung und Zwangsräumungen, verspielte private Altersvorsorge und eine deutlicher werdende Trennung der Welt in Gläubiger und Schuldner.

Der Zusammenbruch der Finanzmärkte war dabei nicht überraschend, hatten wir doch seit Jahren darauf hingewiesen, dass Renditen bzw. Wertzuwächse von Papieren von mehreren Hundert oder gar Tausend Prozent bei einer Volkswirtschaft und bei Löhnen, die sich beide mühsam um einzelne Prozent vermehren, nicht aus dem Nichts, sondern durch Umverteilung zustande kommen müssen. Wir haben daher den Zusammenbruch als Chance begriffen, den Mechanismus besser zu verstehen, mit dem das Geldsystem die Menschen so ungleich behandelt und dabei die einen ruiniert, während es die anderen hofiert und dabei trotzdem das Bruttosozialprodukt steigert.

Doch es wäre noch viel zu wenig. Die Welt nur anders als die Nutznießer zu interpretieren schafft weder mehr Gerechtigkeit noch eine bessere nachhaltigere Perspektive. Man muss die Welt des Geldes verändern. Das Ziel der letzten 25 Jahre, nachhaltige Finanzdienstleistungen für Menschen zu entwickeln und durchzusetzen, in denen Verbraucherschutz und verantwortliche Kreditvergabe, soziales Investment und humane Stadtentwicklung, Finanzierung zukunftsweisender Ansätze und Instrumente zur gleichmäßigen Bewässerung der Wirtschaft eingesetzt werden, liegt auch diesem Buch zugrunde. Kurzfristig gab es für eine solche Ausrichtung etwas mehr Platz zum Atmen. Das bisher mitleidige Lächeln der Banker, die genervten Reaktionen der Macher, der Hinweis der Leserbriefredaktionen, doch einmal Pausen einzulegen – sie waren für kurze Zeit verschwunden. Fernsehen, Hörfunk und Zeitungen verlangten nach nachhaltigen Konzepten, nach Ideen, wie man das entfesselte Geldsystem wieder dem Menschen unterwerfen könne. Unser Motto „Geld nutzen, statt Geld haben“ schien ebenso gefragt wie einfache Weisheiten. Wir durften mit Beifall behaupten, dass Geld nicht arbeitet, dass alle Anlagerenditen von Schuldnern der Kredite erarbeitet werden müssen, dass alles Geld nur Schein von Reichtum und nicht selber Reichtum ist. Doch ehe darüber diskutiert werden konnte scheint es vorbei zu sein. Das Geld allein, diesmal vom Staat geliehen, hat doch wieder alle Probleme lösen können und damit bewiesen, dass die Welt sich nur stabilisieren kann, wenn man den Anforderungen des Geldsystems gerecht wird. Wir bleiben auch in der Bewältigung der Krise in einer Geldgesellschaft, in der jeder Gedanke, jede Minute, jeder Gegenstand und jede Perspektive zunächst in Geld verwandelt werden muss, um gedacht, gelebt und begriffen zu werden.

Doch vielleicht hat es auch sein Gutes, wenn sich der Lärm um die Krise gelegt hat und angesichts der scheinbaren Aussichtslosigkeit von Veränderung die Geldwirtschaft inzwischen wieder zur Tagesordnung übergeht. Die Sensation oder das Recht-Haben sind keine guten Ziele. Sie verhindern das Mitgefühl für diejenigen, die unter diesem System litten und, wie es jüngst der französische Chef des Internationalen Währungsfonds ausdrückte, in Zukunft noch mehr leiden werden. Als ein englischer Journalist anrief und mich zu meinen Warnungen Anfang 2000 beglückwünschen wollte, weil ja alles im Wesentlichen so wie von uns befürchtet eingetreten sei, war das eher ein Vorwurf, der betroffen macht, weil es eben trotz dieses Wissen nicht gelungen war, das Schiff auch nur ein wenig umzusteuern.

Auch mit der Kritik in diesem Buch soll nicht verdammt, sondern verbessert werden. Wirtschaft hat einen Widerspruch zu lösen zwischen Effizienz und Wohlergehen, der Verständnis und Kenntnis voraussetzt. Während sich die Wirtschaftswissenschaften der Effizienz verschrieben haben, bliebe für die Soziologie das Wohlergehen. Beides setzt Sachwissen voraus, das man nicht schon alleine deshalb bei sog. Experten findet, weil sie so genannt werden.

Deshalb ist diese Kritik auch jetzt nicht fundamental. Das Buch soll aufklären und mehr Menschen in den Prozess der Steuerung unseres Geldsystems einbinden. Sie sollen ihre Anforderungen als Verbraucher, Staat oder Unternehmer so an die Geldwirtschaft formulieren können, dass man sie dort versteht. Die Bankiers unter den Bankern sollen animiert werden, das Gespräch zu suchen und zu erkennen, dass sie zwar die Spezialisten für das Geld, nicht jedoch für den Nutzen sind, den man mit dem Geld erreichen kann. Sie müssen wie alle Menschen lernen, in einer widersprüchlichen Welt auch eine andere ihnen „fremde“ soziale Sprache zu verstehen.

Dem Buch liegt neben 37 Jahren Arbeit in den Wissenschaften vom Geld auch eine intensive Zeitungslektüre zugrunde. Dabei fiel mir auf, dass die Masse ihrer Informationen ständig ansteigt. Fast alles betrifft heute alle. Der Leser muss oder will daher alles wissen, hat aber keine Zeit mehr, um etwas zu verstehen. Eine journalistische Antwort darauf sind die einer Talkshow nachempfundenen Fragetabellen, bei der dreizeilige Antworten auf ein in 20 Fragen zerlegtes Phänomen gegeben werden. Ähnliches hat sich vorher schon in den Lehrbüchern der instrumentellen Wissenschaften wie Jura und Managementlehre abgespielt. Wissen statt Verstehen, Fertigkeiten statt Fähigkeiten ist die große Versuchung unserer Zeit, Menschen immer schneller und bequemer eine scheinbare Handlungskompetenz zu verschaffen. Sie ermöglicht das Funktionieren der Geldgesellschaft auch ohne Sinnverständnis. Es reicht, wenn die Menschen dadurch arbeitsfähig gemacht werden, dass sie sich an deren Anforderungen anpassen. Gestalten kann man damit nicht mehr.

Das Buch arbeitet mit Beispielen und Volksweisheiten. Das Buch soll eine Übersetzungsleistung erbringen. Es ist nicht emotionslos und nicht ohne Wut und Ärger geschrieben. Wer sich mit menschlichen Schicksalen insbesondere im Bereich der Überschuldung als Ergebnis wirtschaftlicher Fehlentwicklungen seit Jahren beschäftigt, den lässt dies nicht kalt. Allerdings nützt es nichts, wenn man im Überschwang der Gefühle das nach einem Sturz am Rücken verletzte Kind fahrlässig aufhebt, weil der Verstand aussetzt. Deshalb glaube ich, dass gezeigte Gefühle besser kontrollierbar sind als unterdrückte. Die Wut und der Ärger gelten umgekehrt aber immer nur Charaktermasken und nie den Menschen, die sich ihrer bedienen. Pauschalisierungen tun allen denen Unrecht, durch die diese Krise nicht eingetreten wäre, die sich aber nicht haben durchsetzen können. Wo das durchschimmert, möchte ich mich schon jetzt entschuldigen.

Entschuldigen möchte ich mich auch für etwaige unvermeidbare Fehler, die trotz sorgfältiger Arbeit mit einer Veröffentlichung einhergehen, die nicht im Unverbindlichen bleiben will und die persönliche Erfahrung mit den öffentlich zugänglichen Tatsachen in Verbindung bringt. Ziel des Buches ist die Nutzung der Meinungsfreiheit für ein Verständnis von Wirtschaft, das Geld als Mittel und nicht als Ziel begreift. Wenn dies, wie es in der Vergangenheit von Unternehmen erfolglos versucht wurde, in den Wettbewerbskammern der Landgerichte endet, die Verbraucheraufklärung mit der Schmähkritik von Mitbewerbern gleichsetzen, dann ist Meinungsfreiheit und Verbraucherschutz in Deutschland nicht viel wert. Verbraucheraufklärung und Werbung sind Eckpfeiler in einem kollektiven Dialog, bei der den Milliardenetats der Meinungsmache in der Werbung nur der Versuch entgegengehalten werden kann, das verminte Feld der Tatsachen zu betreten.

Unser Finanzsystem rast wie eine führerlose Lokomotive ohne Fahrtziel mit dem Geld als Maschine und der Rendite als Treibstoff. Das spricht nicht gegen Lokomotiven und Treibstoff. Es bedeutet auch nicht, dass sich jetzt jeder ohne Wissen und Kenntnis zum Lokführer ernennen kann und jedes Ziel gut ist. Vielmehr müssen die Lokomotivführer mit den Reisenden ins Gespräch darüber kommen, wie man und wohin man fährt. Es geht letztlich um nicht weniger als einen Kompetenzgewinn der Politik in der Wirtschaft.

In diesem Sinne habe ich die Gedanken und Diskussionen im Institut und innerhalb der von uns initiierten weltweiten „Europäischen Koalition für Verantwortung im Kredit“ (ECRC) zusammengefasst und die Beiträge und Kommentare aus dem Internet, in Fernseh- und Hörfunksendungen sowie einer Vielzahl von Zeitungsinterviews auf der Grundlage meiner wissenschaftlichen Beschäftigung mit Finanzen zusammengeschrieben.

Für die meisten der hier behandelten Themen gibt es von mir auch wissenschaftliche Veröffentlichungen, die offen legen, woher das Wissen stammt, auf wen man zurückgreift, wie man mit Gegenargumenten umgeht und wo genau die

gesicherte Erkenntnis aufhört und konkretes Zukunftsdenken beginnt. In diesem Buch aber sind die Zitate bewusst weggelassen. Fachwörter wurden durch einfache Formulierungen ersetzt und in Klammern geschrieben, die man mit dem Fachwortverzeichnis im Anhang nachschlagen kann.

Ich habe sehr vielen Menschen zu danken, die mit mir diskutiert, recherchiert und vor allem im iff dafür gesorgt haben, dass ich diese Arbeit machen konnte. So hat Achim Tiffe meine Arbeit im Institut übernommen, meine Freundin Angelika Steinbach hat sich als Fachfremde viele Themen geduldig erklären lassen und mir gezeigt, wo ich unverständlich wurde. Unsere beiden Spezialistinnen im iff für finanzielle Allgemeinbildung, Insa Thormälen-Hopgood und Anne Schellhove haben sich den Text mit den Augen der Pädagogen angeschaut und gezeigt, wo die Grenze zwischen Populismus, einfacher Erklärung und wissenschaftlicher Ausdrucksweise liegt. In einem wöchentlichen Abendessen habe ich mir auch das Recht bei Mitarbeitern des iff sowie meiner Tochter Pascale erkauft, eigene Texte, die ich in Geschichten und Märchen für Jugendliche und Kinder gepackt hatte, vorzulesen und auf ihre Verständlichkeit und ihre Lesbarkeit hin zu diskutieren. Bei einigen Recherchen haben mir Michael Feigl, der das Archiv im iff leitet, und unser Experte für Überschuldung, Michael Knobloch, geholfen. Den Steuervorschlag konnte ich mit Heinrich Strohauer diskutieren. Die gesamte Arbeit wurde von Nicole Knops im Stile eines klassischen Lektorats betreut, bei dem Stil und Inhalt mit vielen nützlichen Anmerkungen versehen wurden. Diskussionen mit Journalisten vor oder nach Sendungen oder Interviews waren weitere Testfelder, für die ich danken möchte.

Schließlich bedanke ich mich auch beim Verlag, der mit seiner schnellen und außerordentlich positiven Reaktion Mut gemacht hat, sich an die Feinarbeiten und Beschwernisse einer Überarbeitung und Veröffentlichung zu wagen.

Hamburg im September 2009

1 Geldkollaps: Was ist passiert?

1.1 Geld oder Wirtschaft – was ist zerstört?

Wir haben eine Krise des Finanzsystems, die durch eine „Subprime-Krise“ in Amerika ausgelöst wurde. Geht es uns jetzt schlechter, haben wir weniger Brot, Autos oder Arbeit? Ist eine Bombe vom Himmel gefallen, ein Krieg ausgebrochen? 7 Bio. € sollen in der Welt „vernichtet“ sein, das entspricht etwa allen Wirtschaftsleistungen Deutschlands (2,2 Bio. € pro Jahr) für einen Zeitraum von mehr als drei Jahren. 816 Mrd. €, die die deutschen Banken als Vermögen in den Bilanzen aufführen, seien, so die Aufstellung des Aufsichtsamtes vom 26.02.2009, mehr oder minder wertlos und müssten staatlich gestützt werden. Der Marktwert aller Aktiengesellschaften hat sich von September 2008 auf März 2009 fast halbiert, als der Deutsche Aktienindex DAX von 6.600 auf 3600 und der amerikanische Dow Jones Index von 11000 auf 6500 abstürzte. Fehlt uns denn wirklich etwas oder haben wir uns, wie der Präsident des Internationalen Währungsfonds meint, nur in den Zahlen der Bilanzen geirrt und sollten sie schleunigst in Ordnung bringen?

Was ist eigentlich passiert? Keine Fabrik wurde zerstört, kein Arbeitnehmer ist jetzt häufiger krank als früher, die Regale in den Geschäften sind gefüllt und Lebensmittelmarken brauchen wir auch nicht – und doch beklagen wir die größte Wirtschaftskrise seit 1929. In den USA verlieren Millionen Menschen ihre Jobs, in Spanien klettert die Arbeitslosenrate auf 17 %, in England verliert alle sieben Minuten ein Verbraucher sein Haus. 17 Mrd. € Defizit plant die Bundesagentur für Arbeit für das nächste Jahr ein. Millionen von Arbeitsplätzen gehen verloren und im Mittelstand grassiert die Pleitewelle. „Jetzt kommen fünf dürre Jahre“, titelt die F.A.Z. Ende April 2009 und sagt fünf Millionen Arbeitslose, Jobangst, Investitionsstau und Konsumverzicht voraus. Rentenkürzung, Lohnabbau, Umschichtung in die untypischen Arbeitsverhältnisse, Zwangsversteigerungen und Überschuldung, explodierende Kontoüberziehungszinsen – die Belastung des unteren Drittels der Bevölkerung (dazu unten 4.2), vorübergehend gemildert durch fallende Energiepreise, ist sechs Monate später bereits Realität. Warum? Wo doch, wie vorher, alle Arbeit, alle Rohstoffe vorhanden und alle Straßen unversehrt sind. Und auch die Züge fahren noch immer. Weshalb also soll die Wirtschaft nicht mehr funktionieren, die doch aus der Produktion von Waren und Dienstleistungen für unseren Konsum durch uns selbst besteht und nicht aus Geld, das für uns arbeitet? Noch nie hat man einen Geldschein am Schraubstock arbeiten gesehen. Noch nie wurde ein Lkw von einem Bankkonto gefahren und

bisher hat sich auch noch keine einzige Aktie bei der Straßenreinigung engagiert. Dass man Geld nicht essen kann und, auch wenn man darin badet, davon nicht sauber wird, weiß eigentlich jeder. Nicht einmal denken kann das Geld.

Unser Finanzsystem ist mittlerweile so zerrüttet und alleine so wenig überlebensfähig, dass wir, die wir vorher drei Jahre brauchten, um im Parlament eine Finanzierung von nur 3 Mrd. € für Krippenplätze in Deutschland durchzusetzen, zu Beginn der Krise fast täglich – ganz ohne Parlament – solche Subventionen versprachen und in Zukunft dann gewähren müssen. Innerhalb weniger Tage haben wir durch ein Gremium demokratisch nicht legitimierter Bankenchefs eine Staatsgarantie für die unvorstellbare Summe von 600 Mrd. € übernommen, die nicht ausreichen soll. Keiner, nicht einmal die Opposition, hat dagegen wirklich protestiert.

Was also ist passiert? Die aktuelle Finanzkrise wurde, so behaupteten die Banker der SachsenLB, nur durch unbedachte Fragen ausgelöst. Geldbesitzer („Investoren“) wollten in der Tat wissen, ob denn ihre Geldtitel, die sich in einem astronomischen Ausmaß vermehrt hatten, überhaupt noch etwas wert seien.

Das könnte man sich wie folgt vorstellen. Als die Investoren keine Antwort von den amerikanischen Banken bekamen, versuchten sie den Wert ihrer Papiere alleine herauszufinden: Sie fragten, ob sie sich dafür die real durch die Sicherheiten repräsentierten Grundstücke kaufen könnten, bekamen aber nicht einmal mehr einen Schuppen dafür angeboten. Mit ihrem in den Augen der Banker der SachsenLB unverantwortlichen Alarmgeschrei versetzten sie viele andere Geldbesitzer in Aufruhr, während die großen Investoren wie die SachsenLB ja gerne so weiter gemacht und geschwiegen hätten. Demgegenüber konnten diese Investoren nicht glauben, dass ihr Geld nicht gearbeitet sondern sogar noch, wie der untreue Sohn in der Bibel, „sich selbst verprasst“ hatte. Vielleicht war es aber auch noch nie etwas wert gewesen, weil es ein Wechsel auf die Wucherrenditen von armen Verbrauchern war, die diese beim besten Willen nicht mehr erbringen konnten.

Ist die Finanzkrise wirklich nur Resultat eines Wahrnehmungsfehlers im Geldsystem? Oder ist Opel gar nicht deshalb hilfsbedürftig geworden, weil man seine Autos nicht mehr kaufen wollte? Steht die Schaefflergruppe zusammen mit anderen Autozulieferern an der Wand, weil sie sich bei Continental finanziell verschluckt hat, oder hat sie echte Absatz- und Produktionsprobleme? Könnte die Krise auch damit zusammenhängen, dass Leute wie der Ex-Chef der Hypo Real Estate vor Gericht Millionengehälter von dem unter ihm im Sumpf versinkenden Bankkonzern einklagt? Liegt es an den Managern der Postbank, die ihre Abfindungen dafür kassieren, dass sie die Übernahme der Postbank durch die Deutsche Bank so wohlwollend (wie einstmals Herr Esser die Übernahme von Mannesmann durch Vodafone) begleitet haben? Oder etwa daran, dass an der Wallstreet im Jahre 2008 immer noch 8 Mrd. € an Investmentbanker als Provision ausgeschüttet wurden, obwohl das Geld bereits vom amerikanischen Steuerzahler kam? Sind Kauf-

häuser out oder sind es die Immobiliengeschäfte von Arcandor (der Konzern beschwor mit diesem Namen sogar einen „Goldstreifen“ am Horizont), mit denen ihr vorher bei Bertelsmann wegen seiner rein geldorientierten Politik gekündigter Chef Middelhoff nach dem „Verkaufe-und-miete-zurück“-Verfahren sich selbst bereichert, dem Konzern Wuchermieten auferlegt hat und nach Aussage des Konkursverwalters alles, was werthaltig war, zur Absicherung seiner Finanzmanipulationen auf Dritte übertrug?

Alle genannten Faktoren sind mit ursächlich für die Finanzkrise. Es wird viel Arbeit kosten, die verschiedenen Elemente voneinander zu trennen und das Geldsystem zu dem zu machen, was es eigentlich ist: Ein Instrument, um unsere Kooperation in der Wirtschaft reibungslos, international und zum allseitigen Nutzen zu organisieren.

1.2 Die Finanzkrise macht Klima-, Umwelt- und Sozialstaatskrise unlösbar

Bevor wir uns der Finanzkrise zuwenden, sollten wir einen kurzen Blick auf die Krisen in der realen Wirtschaft werfen. Klima- und Verkehrskrise, die Armuts- und Bevölkerungskrise sowie die Krise des politischen Systems sind die eigentlichen Probleme unserer Gesellschaft. Sie müssen wir lösen, sonst funktioniert gar nichts mehr. Wir können sie aber nur mit einem handhabbaren und unseren politischen Vorgaben gehorchenden Finanzsystem lösen. Nur wer das Finanzsystem versteht, vermag die Krisen zu lösen. Das gilt insbesondere auch für diejenigen, die sich der Umwelt-, Sozial- und Friedenspolitik verschrieben haben.

Dass das so ist, hat die Regierung bewiesen, als sie unsere größten Umweltverpester, die Auto- und Stahlindustrie (ganz im Gegensatz zu ihrer Regierungserklärung) in Brüssel vor den strenger geregelten Kohlendioxidgrenzen schützte. Mit der Abwrackprämie finanziert sie nun mehr Autos, indem sie den Schichten, die sich einen Neuwagen leisten können, Geld schenkt, das die anderen bezahlen müssen. Weil die Ausgaben durch die höheren Neuwagenpreise steigen, wird die Nachfrage von der umweltverträglichen auf die umweltschädliche Industrie umgeschichtet. Das Ganze aber wird der – sich der Zukunft versagenden – Autoindustrie nur eine kurze finanzielle Verschnaufpause einräumen, weil der verstärkte Nachfrageeinbruch nach Ablauf des Programms vorhersehbar ist. So wird die Abwrackprämie für Altautos leicht zum Motor für das Abwracken der Umweltpolitik.

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Umweltschutz sind offensichtlich. Die Forschung zur Sonnenenergie lässt sich scheinbar nicht mehr finanzieren, weil damit keine Renditen von über 20 % erreichbar sind. Nachdem riesige Konjunkturprogramme scheinbar unendlich viel Geld verheißen, hört und liest man überall bei der konkreten Umsetzung, es sei kein Geld da; keines für Schulen/Bildung, keines für die Kinderbetreuung und Kultur. Gemeint ist, dass die

modernen Profitraten in diesen Bereichen nicht zu erreichen sind, sodass nur noch die Filetstücke wie die Millionenkunstwerke und die millionenfach verwertbaren Songs sowie der Profi-Fußballsport bezahlbar sind, im Breitensport aber die Mittel fehlen. Auch die Unterfinanzierung von Existenzgründungen und der Selbstanstellung, die wir mit der Romantik symbolischer Kreditvergabe im Microlending durch Sozialarbeiter oder Ich-AGs verdecken, sowie die fehlenden Finanzierungsideen zur Förderung eines Miet- und Eigentumsangebotes im Geschosswohnungsbau für eine gesunde Stadtentwicklung sind einem Finanzsystem zu verdanken, das der Gesellschaft die Gefolgschaft verweigert.

Das aktuelle Finanzsystem diskriminiert nicht nur, was wir wertschätzen, was wir lieben und dem wir hohe ethische und moralische Bedeutung beimessen. Es hat auch im Übermaß die Unproduktiven und Korrupten, die Kartelle und die Hochstapler belohnt. So hat es dazu beigetragen, dass sich nicht mehr der Tüchtigste und Innovativste, sondern der durch das Geld Mächtigste und im Wetten Erfolgreichste in Wirtschaft und Politik durchsetzte.

Wann immer es um die Lösung der „wirklichen“ Probleme der Gesellschaft geht, bedarf es als Voraussetzung dafür einer Lösung der Probleme des Finanzsystems. Selbstredend, ohne dass dadurch die eigentlich wichtige Arbeit (Lösung der realen Probleme) abnimmt. Wir müssen aber auch bei der Bewältigung der Finanzkrise immer unterscheiden zwischen dem, was tatsächlich zum Geldsystem gehört und dort lösbar ist, und dem, was nicht dazu gehört und deshalb dort nicht lösbar ist. Es zeugt von Kopflosigkeit, wenn, wie im Augenblick, nach dem Gießkannenprinzip Milliarden über Milliarden öffentlicher Mittel in die Wirtschaft gegossen werden. Dies geschieht ohne Rücksicht auf politische Ziele, wie etwa das ökologische Gleichgewicht, soziale Gerechtigkeit, Frieden und das Zusammenleben von Generationen und Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft und Fähigkeiten. Das macht deutlich, dass die Bewältigung der Finanzkrise die Krisen in der realen Wirtschaft und Gesellschaft noch verschärfen kann.

Wer den Staudamm öffnet, um mehr Strom produzieren zu können, kann damit das Land ruinieren. Wer die Zaren der Großunternehmen und Banken zur Krisenbewältigung in die Politik lässt, wird sie unter Umständen nie mehr los. Wer Gelder umleitet, die eine sinnvolle Funktion hatten, nur um das Bewässerungssystem zu retten, der kann bleibende Schäden anrichten. Drei Schlaglichter auf die Bedeutung des Finanzsystems für die fundamentalen Krisen in der Realwirtschaft sollen dies illustrieren.

Wir haben eine Krise des Transportsystems, die sich schon lange ankündigte und in der Klimakrise ihren Widerhall gefunden hat. In deren Mittelpunkt stehen „Maschinen“, die nur zu 3 % ausgelastet sind und unsere Städte verstopfen. Für diese Maschinen werden Autobahnen gebaut, die unsere Landschaften durchkreuzen und sie schweißen immer mehr Pendler täglich im Durchschnitt für 1

1/2 Stunden in Blechbüchsen ein. Unter anderem führte ein aus den Fugen geratener liberalisierter Luftverkehr dazu, dass unsere Luft verpestet ist und das Klima sich erwärmt. Es werden Kriege um das Öl geführt. Von seinem extrem irreal schwankenden Kartellpreis geht nicht nur eine große Bereicherung aus. Auch die ganze Wirtschaft und Politik ist davon so abhängig, dass wir an einem Tag in Sonnenenergie, Gezeitenkraftwerke, Biodiesel oder Ölschiefer investieren, am nächsten jedoch schon wieder davon ablassen, weil es sich nicht mehr lohnt.

Marktwirtschaft findet hier schon lange nur noch eingeschränkt zwischen wenigen statt, wie die Korruptionsskandale um VW und Siemens und die Einflussnahme auf den Staat wie jüngst bei der Festlegung der Klimaziele gezeigt haben. Nicht nur Porsche hat mit 9 Mrd. € Bankkredit 51 % an VW sowie weitere 20 % an Optionen auf späteren Aktienerwerb gekauft und damit gezeigt, wie man bisher mit dem Finanzsystem Kartelle und Monopole schmieden könnte. Das Unternehmen hat dadurch der VW-Aktie einen anachronistischen Höhenflug beschert, seinen Rivalen bei VW aber unterschätzt, der ein eigenes Kartell mit anderen Banken und dem niedersächsischen Staat zusammenbrachte. Am Ende wurde dann Porsche zum Sanierungsfall in den Spielchen um unser wirtschaftliches Wohlergehen. Die VW-Aktie beendete ihren Höhenflug, der sie von 200€ im September 2008 auf nahe 1000€ im Dezember und schließlich auf 146,70€ am 20.8.2009 zurückbrachte. Innerhalb weniger Monate wurde der Wert eines real identischen Unternehmens dargestellt im Wert seiner 295 Mio Aktien (Marktkapitalisierung) einmal mit 76 Mrd., dann mit 381 Mrd. und dann doch wieder mit nur 56 Mrd. € angegeben.

Die feindliche Übernahme eines Konkurrenten, der vielleicht Sinnvolleres produziert als man selbst, wie bei Apple und Microsoft, bei VW und Porsche, bei Schaeffler und Continental, wird von den Banken als durchkonstruierte Wirtschaftskriegsführung (M&A) schlüsselfertig verkauft. Man gewährt einen Kredit, mit dem übernimmt ein Unternehmen die Aktien des Konkurrenten und zahlt den Kredit dann aus der Zerschlagung des Konkurrenten zurück. Die Verluste kann man auch noch von der Steuer absetzen.

Ein gesundes Finanzsystem würde Arbeit und Genialität dorthin lenken, wo die Zukunft gebaut wird, und dort abziehen, wo mit Abwrackprämien, Steuererleichterungen, Pendlerpauschalen, Autobahnbau und Verkehrsleitsystemen sowie Mergers und Acquisitions derjenige belohnt wird, der so weitermacht wie bisher. Die Transportkrise ist mehr als eine Krise bei der Ortsveränderung für Mensch und Ware. Sie ist eine Umweltkrise, weil sich darin unsere Beziehung in und mit der Umwelt am deutlichsten darstellt.

Auch die Krise des Sozialstaats hat mit dem Finanzsystem zu tun. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auf. Das sollte nicht stören, wenn dabei die Armen auch noch ein bisschen zulegen können – oder zumindest in den Ar-

menhäusern dieser Welt verblieben. Erheblich verändert haben sich, auch in Deutschland, die Lebensbedingungen – nahezu ein Drittel unserer Kinder wächst in Armut auf. So etwas hat es in der Geschichte Deutschlands noch nicht gegeben. Der Kapitalismus ist hier Wegbereiter. Es hat sich allerdings etwas geändert. Die neue Armut betrifft heute auch die Reichen unmittelbar. Sie lässt sich nicht mehr wegsperren, in Ghettos abdrängen. Die Dritte Welt schafft es, allen voran China, Malaysia und Indien, ihre Ausbeutung über den ungleichen Tausch einzudämmen und sogar teilweise umzudrehen. Durch Tatas indisches Billigauto droht die Welt gerade wegen ihres Marktfreiheitsmodells im Verkehrschaos zu ersticken. Durch den Export von chinesischer Unterwäsche werden in den Metropolen Arbeitsplätze von Menschen ohne Schulabschluss vernichtet. Überschüssiges Kapital aus diesen Ländern strömt zu uns und übt Macht aus. Damit passt es recht uneigennützig unsere Wirtschaft seinen Bedürfnissen so an, wie einstmals die Engländer die indische Wirtschaft auf eine monokulturelle Baumwollwirtschaft umstellten. Die Armen dieser Welt werden aufmüpfig, aber nichts ist so geordnet wie im Kommunistischen Manifest vorhergesagt: Anstelle von Führern und verbindlichen Zielen herrscht Chaos, so etwa bei den Jugendrevolten in Los Angeles, am Stadtrand von Paris und Stockholm oder bei den Hungermärschen in Mexiko, wo der einzige in die Forbesliste der Reichsten der Welt aufgenommene Mexikaner ein Drogenboss ist.

Die Migration der Armut in die Metropolen und über die Meere beschert uns Ausländerfeindlichkeit und Existenzangst. Es kann jetzt jeden treffen. Die militärischen und polizeilichen Kolonialpraktiken der „Befriedung“ von Armut stoßen in Afghanistan, Pakistan und im Irak an Grenzen. Da nützt es auch wenig, wenn zwei Missionaren alten Stils wie Mohammed Yunus und Mutter Theresa Nobelpreise verliehen wurden. Ihr Modell passt noch in Kalkutta und Bangladesch, doch nicht mehr nach Shanghai, Bombay oder Gaza. Auch bei uns ist eine Sozialpolitik des „Forderns statt Förderns“ gründlich gescheitert und hat den Abstand bezüglich der Bildung, Kinderarmut und Wohnverhältnissen zu dem, was für den sozialen Frieden und eine intelligente, alle Ressourcen nutzende hochqualifizierte Wirtschaft notwendig wäre, so gefährlich erhöht.

Mit der sozialen Krise ist auch das politische System in die Krise geraten. Das neo-liberale Aufbäumen in Form von Krieg, die Konzentration der Ressourcen auf immer weniger Teile der Bevölkerung gegen eine schleichende Belastung der reichen Gesellschaften in der Welt, ging mit einer sozialdemokratischen Ideologie des New-Labour, New Democrats und der Agenda 2010 einher. Diese Entwicklung hat das soziale Gegengewicht zu einer allein an der Produktion ausgerichteten konservativen Politik so gründlich desavouiert, dass man (wie in Italien) am besten gleich den Staat in einen Konzern verwandelt sehen will und ihn einem Unternehmer überlässt, der, wenn schon nicht sozial, so doch wenigs-

tens effizient wirtschaftet. Hatte man noch vor 20 Jahren mit einem Sozialdemokraten eine Forumsveranstaltung zum Thema „Macht der Banken“ bestritten, so findet man ihn heute als Lobbyisten in der Wirtschaft. Doch nicht nur ihn, sondern ebenso den ehemaligen Parteiführer, den Superwirtschaftsminister oder die Präsidenten der alten Bundesanstalt für Arbeit. Dass man den erfolgreichsten Unternehmer in Italien zum Präsidenten wählt, ist also kein Zufall. Dabei schreit alles nach Regulierung, nach mehr Staat. Doch gleichzeitig gewinnt die einzige bekennend neo-liberale Partei bei den Wahlen drastisch hinzu.

1.3 Gewinner und Verlierer

Die Kreditkrise hat viele Verlierer. Zunächst, so scheint es, haben die Reichen am meisten verloren. Ihr Vermögen hat sich halbiert. Wer das behauptet, versteht aber das Geld nicht, das nur ein Ausdruck von Macht und Reichtum und nicht selbst Macht und Reichtum ist. Die realen Reichtümer haben sich vielleicht unter den Reichen ein wenig verschoben. Insgesamt aber hat sich nach der Krise das Verhältnis von Arm und Reich, von Arbeit und Kapital, von Konsum und Investition weiter zulasten der Ersteren verändert. In der aktuellen zweiten Phase werden es wieder die Schwachen sein, die ihre Arbeitsstellen für den Ausgleich der Bilanzen frei machen müssen, deren Abgabenlast steigt und deren Sozialleistungen sinken müssen, um den Staatshaushalt zu retten. Es werden die ärmsten Länder sein, die nichts mehr erhalten und importieren können, es werden die Städte und Kommunen sein, die dem Bund letztlich die Werte für dessen landesweite Aufgaben abtreten müssen.

In den USA haben daraus einige Städte Konsequenzen gezogen und die Banken verklagt. „Im Januar 2008“, so schreibt Greg Squires, „verklagte die Stadt Baltimore die Wells Fargo Bank wegen der Zerstörung der Stadtteile der Schwarzen und Latinos durch wucherische Darlehen mit hohen Raten. Die Stadt rechnet die Millionen von Dollar vor, die sie durch Zwangsräumungen an Steuerausfall bei der in den USA wichtigen lokalen Grundsteuer hatte. Sie rechnete auch die zusätzlichen Kosten bei Feuerwehr und Polizei vor, die Kosten wegen der erhöhten Straffälligkeit in diesen Bezirken und ihren Aufwand für soziale Programme zur Erhaltung dieser Bezirke. Die Stadt erklärte das Verhalten als rassische Diskriminierung und verlangte Schadensersatz wegen Verstoßes von Anti-Diskriminierungsgeboten, wie wir sie seit der Umsetzung der Anti-Diskriminierungsrichtlinie auch im deutschen Recht haben, wo allerdings eine Diskriminierung nicht das ist, was z. B. türkische Minderheiten tatsächlich trifft, sondern erst das, was gegen sie gezielt unternommen wird. Die Stadt Cleveland verklagte 21 Finanzinstitute, weil sie den lokalen Immobilienmarkt mit Subprime-Darlehen überflutet hatten, die so beschaffen waren, dass sie niemals hätten

> zurückgezahlt werden können. Die dadurch bewirkte Gettoisierung und der Leerstand führten zu einem Ansteigen von Brandstiftungen und Gewaltverbrechen."

Wer die Subprime-Krise zu einer Krise geprellter Anleger macht, hat nicht begriffen, dass die Finanzkrise schon viel früher bei den Armen stattgefunden hat und lediglich ihre Auswirkungen dort nicht mehr getragen werden können. Was jetzt oben ankommt, ist nur der Widerschein.

Die Großen werden in der nahen Zukunft noch mehr Macht über die Kleinen haben. Langfristig aber sieht es weniger schlecht für die Demokratie aus, weil die Basis, aus der heraus in unserer Gesellschaft Macht legitimiert und ausgeübt werden kann, neu geordnet und solider gestaltet wurde. Jetzt wird endlich der Spruch „Leistung muss sich wieder lohnen", mit dem man die Glitzerwelt des Geldes den Hartz IV-Empfängern als Vorbild und Legitimation für ihre Enteignung vorgegaukelt hat, bei denen angewandt, die bisher das Geld bekamen, ohne dass man nach ihrer Leistung für die reale Wirtschaft gefragt hätte. Zudem wird mehr Wissen über die Wirtschaft möglich und als notwendig angesehen werden. Die Menschen werden lernen wollen, was die Marktwirtschaft für sie real bedeutet. Sie werden sich nicht mehr, wie nach der Wende, mit religiöser Indoktrination in sog. Marktwirtschaftsschulungen oder der Einweisung in den Kasinokapitalismus durch Aktienspiele in den Schulen zufriedengeben. Doch zunächst werden wir uns mit der neuen Machtkonzentration auf dem Markt auseinanderzusetzen haben.

Einige Großbanken haben erheblich profitiert und stellen für den Staat der Zukunft ein Problem dar. Bankkrisen mit einer Bilanzsumme, die 20-mal höher ist als der Bundeshaushalt, können politisch kaum noch gesteuert werden. Wer hat gewonnen und warum?

Weil der Kapitalmarkt nichts verliert, sondern jede Krise nur umverteilt, gibt es nicht nur Verlierer der Krise, sondern auch Gewinner. Damit sind nicht solche Anwälte gemeint, die geprellte Anleger in aussichtslose Prozesse treiben, bei denen allein sie gewinnen können. Gemeint sind auch nicht die neuen Betrüger, die die Angst vor dem Verlust der Ersparnisse nutzen, um Geld noch einmal umzuschichten und daran zu verdienen. Die Finanzkrise hat vor allem eine Wirkung, sie führt zu einer noch stärkeren Bankenkonzentration. Mitte 2009 spricht die Presse davon, dass die Krise die Finanzbranche gespalten habe. Die Deutsche Bank kauft nach der Postbank noch Sal. Oppenheim und weist ebenso wie J. P. Morgan und Goldman Sachs, die großen Investmentbanken, einen Milliardengewinn aus. Auch HSBC, Credit Suisse und BNP Parisbas, sowie die Multimilliardäre seien auf der Gewinnerstraße. Das Investmentbanking scheint das klassische Kreditgeschäft wieder abzuhängen. Doch schaut man genau hin, dann ist es wieder die Not der Anderen, von denen die Investoren profitieren, diesmal bei der Emission von Staatsanleihen notleidender Regierungen. Auf der Verlie-

rerseite befinden sich die Investmentbanken wie Commerzbank, Citibank und Lehman Brothers ganz vorne. Es gibt dort nur Marktbeherrscher und Marktmitspieler. Für die Gesellschaft ist es gleichgültig, wer das Geld verspielt. Die neuen Gewinne stehen auch nur auf dem Papier und werden durch Produktion und Eingehen neuer Risiken erreicht. Sie schöpfen bei den anderen ab und vereinnahmen damit indirekt auch noch die staatlichen Rettungsgelder. Deshalb muss man gerade auch das Investmentbanking der Erfolgreichen regeln. Die Ursachen der Bankenkrise kann man nicht aus den Bilanzen ablesen, sondern aus dem Verhalten der Banken.

In der neo-liberalen Phase hatten sich im Bankensektor der verschiedenen Länder jeweils zwei Typen herausgebildet: Zum einen die konservativen Banken mit respektablen Managern, die auf 10 Jahre planten und die Exzesse der Kreditvergabe mieden. Zum anderen die Banken des schnellen Geldes, die auf Kosten der Zukunft ihre Halbjahresberichte aufpolierten und schon als die neuen Führer der Bankenwelt gefeiert wurden. Sie würden, so meinte man, zukünftig, so wie in den Niederlanden und England mit feindlichen Übernahmen die anderen schlucken können. Solche Banktypen gibt es mit Deutsche Bank und Commerzbank in Deutschland, Bank of America und Citibank in den USA, Credit Agricole und Credit Lyonnais in Frankreich, ING und ABN AMRO in den Niederlanden, Banco Velasque und Banco Santander in Spanien, Banca del Lavoro und Unicredito in Italien, NatWest/HSBC und RBS/Barclays in England. Entsprechende Gewichtungen gab es auch bei den Ländern: Kanada und USA, England und Frankreich, Italien und Spanien, Belgien/Luxemburg und Irland, Island oder Estland.

Deutschland lässt sich hier schwer einordnen. Sein im Abbau begriffener, geschmähter Sparkassensektor, der mehr als 50 % des Bankgeschäfts mit Verbrauchern, Mittelstand und Staat garantiert, hat die Deutschen zwar vor englischen Verhältnissen geschützt. Schaut man sich den Privatsektor an, so gab es hier mit der HypoVereinsbank, HRE, Dresdner und Commerzbank sowie der freien Bahn für Santander, RBS, Barclays und Citibank zu den deutschen Verbrauchern, eine Dominanz der Banken, deren Produkte und Verhaltensweisen zur Krise führen mussten. Die Deutsche Bank steht im Zwielicht. Sie selbst verdiente am Wildwestgehabe der anderen heftig mit, indem sie eine der wesentlichen Investmentbanken in Europa war, die andere zum Kauf von Finanzschrott animierte und ihn vermittelte. Für sich selbst aber verfolgte sie eine konservative Politik. Sie wurde – nach dem Beinaheverzicht auf die Verbraucher – durch die Gründung der Bank 24 und durch den Erwerb von Postbank und Norisbank zur größten Verbraucherbank Deutschlands. Sie hat sich weder an den Wucherkrediten über Restschuldversicherungen noch an der Bereicherung bei der Vorfälligkeitsentschädigung beteiligt. Sie vermeidet separate Kreditkartenkredite und geht maßvoll mit den Kontoinhabern im Verzug um. Ihr Engagement in den Schulen ist dem Auftreten der Sparkassen

ähnlich, während sie im Investmentbanking und bei den von ihr vermittelten Unternehmenszerschlagungen und Übernahmen (Merger and Aquisitions M&E) bei den spektakulärsten Deals im Hintergrund die Fäden zog. Doch ihre Traumgewinne waren gut verteilt und für die Öffentlichkeit nicht genau zuzuordnen.

Nach der internen Aufstellung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) vom 28.02.2009 sollen 816 Mrd. € der Banken quasi notleidend sein. Der Finanzminister hatte die Bundeskanzlerin für den Krisengipfel im April 2009 mit der Zahl von 853 Mrd. € ausgestattet. Ein Drittel (268 Mrd. €) entfällt allein auf die Hypo Real Estate, ihre ehemalige Mutter, die HypoVereinsbank, weist weitere 5 Mrd. auf. 101 Mrd. € entfallen auf die Commerzbank, die davon die Hälfte von der ehemaligen Allianztochter Dresdner geerbt hat, sowie 21 Mrd. € auf die Deutsche Bank, deren Tochter Postbank 5 Mrd. € schultert. Das macht zusammen also 400 Mrd. € im Privatsektor. Die andere Hälfte der notleidenden Kredite und Anlagen teilen sich die Landesbanken. HSH Nordbank und die Landesbank Baden-Württemberg mit jeweils 110 bzw. 92 Mrd. €, der Rest fällt auf die übrigen.

Die Marktbereinigung durch die Krise hat, und dies ist die schlechte Nachricht, eine Bankkonzentration auf den Märkten gebracht. Weniger Banken in weniger Ländern geben in Zukunft den Ton an. Der Markt hat zwar bewiesen, dass er sich gegen seine eigene Entgrenzung wehrt und damit den Neo-Liberalismus nach Hause schickt. Er hat aber dem Staat die Steuerung des Finanzsektors quasi in einer schmutzigen mit Giftmüll beladenen Kiste offeriert. Übrig bleiben werden zwei Monopolisten: die Bankmonopole und der Staat. Heranwachsen muss ein drittes Kartell, das Verbraucherkartell, das allein dem Finanzsektor Ziele und Inhalte vorgeben könnte.

Die Krise hat aber nicht nur die Marktform verändert, sondern auch die Tätigkeiten der Banken. Konsum und Arbeit in individueller oder kollektiv staatlicher Form treten direkt als Ziele der Wirtschaftspolitik und damit als Aufgabe des Finanzsystems in Erscheinung. Das Strohfeuer des Investmentbankings ist zum großen Teil bereits erloschen. Die Profite, die zurzeit die Deutsche Bank oder Bank of America aus der Verwertung der Reste verbrannter Fonds und Banken erzielen, werden dem Staat wohl bald so ins Auge springen, dass er nicht nur bei den Managergehältern die Notbremse ziehen wird.

In Europa hat sich zudem in der Praxis die französische Finanzkultur gegen die englische durchgesetzt. Das ist in den Köpfen und der in Brüssel benutzten Terminologie und Sprache noch nicht angekommen. Die Öffentlichkeit beschäftigt sich lieber mit dem Liebesleben ihrer Präsidenten als mit ihrer Wirtschaft.

Französische Banken haben in der Bankenkrise die Marktführerschaft im Bankensektor in Europa geräuschlos übernommen. Nachdem bereits die Crédit Mutuel, die größte Genossenschaftsbank der Welt und einer der europäischen Marktführer im Konsumentenkredit, von der stark angeschlagenen Citicorp New

York deren europäisches Paradepferd, Citibank Deutschland, zum günstigen Preis übernehmen konnte, hat nun die Banque National de Paris mit der Übernahme der Fortis Bank, die bisher in Luxemburg und Belgien den Ton angab, die Marktführerschaft im Verbraucherkreditgeschäft in Europa übernommen. Die Tochtergesellschaft Sofinco der CA, der in Deutschland die CreditPlus AG und in vielen europäischen Ländern jeweils gute Konsumkreditbanken unter verschiedenen Namen gehören, war Marktführerin im Konsumentenkredit. Jetzt dürfte es BNP sein, deren Tochter CETELEM in Deutschland bisher mit der Dresdner-Cetelem-Kreditbank aktiv war und zur Citibank aufrückt.

Den viel gelobten englischen Banken, mit Traumrenditen von 25 % aufwärts, geht es dagegen schlecht. Lloyds, RBS und Northern Rock sind zu 65 %, 70 % und letztere zu 100 % bereits in Staatsbesitz. Die englische Regierung, die die größte und auch die effektivste Lobbyistin für ein unreguliertes Finanzsystem in Europa war, steht nach den 100 Mrd. € für Northern Rock nun auch für Lloyds Kredite in Höhe von 290 Mrd. € gerade. Die Londoner City, mit der die deutschen Großbanken liebäugelten, entlässt zum zweiten Mal Tausende von Finanzarbeitern. Das dort durchlauferhitzte Geld verflüchtigt sich und hinterlässt einen zerstörten hochpreisigen Immobilienmarkt im freien Fall. Gewinnerin in England ist die Barclays Bank, die sich den Rest von Lehman Brothers einverleibte und mit ihrem Kreditkartengeschäft versucht, Europa zu überschwemmen.

Nebenbei wurde von England aus zum zweiten Mal in der Geschichte Irland ruiniert, das in kürzester Zeit vom armen Agrarstaat zum Tummelplatz der Finanzjongleure auf dem Weg nach New York wurde. Das irische Strohfeuer bestand aus Geldgeschäften, bei deren Durchleitung so viel abgeschöpft werden konnte, dass die katholisch-irische Regierung ihre Insel der internationalen Finanzwelt als unkontrolliertes Sprungbrett für Traumrenditen und Wucher zur Verfügung stellte. Dabei wurde sie zum treuen Befürworter von Deregulierung, Kasinokapitalismus und Steuerfreiheit in der EU.

Während in Europa die Franzosen gewinnen, ist die Gewinnerin in den USA allen voran die Bank of America. Nach Countrywide Financial übernimmt die größte Bank der USA nun mit Merill Lynch die zweitgrößte Investmentbank quasi zum Nulltarif. In Deutschland ist es nicht mehr die schillernde Commerzbank mit ihren Traumrenditen und Wucherzinsen oder die noch schillernde Dresdner Bank, sondern die konservative Deutsche Bank, die nach der Einverleibung von Noris- und Postbank zur größten deutschen Verbraucherbank aufgestiegen ist.

Im Ergebnis kann man davon ausgehen, dass die Größe der verbleibenden Banken mit gesellschaftlicher Bedeutung („systemische Banken“) ein Ausmaß angenommen hat, das das Primat der Politik in der Gesellschaft in Zukunft noch weit stärker infrage stellen dürfte. Das aktuelle, aus der Not heraus begründete Diktat der Banken gegenüber dem Staat ist ein reales Abbild dessen, was dem

Staat gegenüber dem Geldsystem insgesamt noch für Handlungsmöglichkeiten verbleiben könnten. Was heute als Betteln erscheint, wird morgen als Befehl möglich sein, wenn es den Banken wieder gut geht. Aktuell wird in jedem Land in jedes Gesetz und jede Auflage die Reprivatisierung hineingeschrieben, ohne dass die spätere Privatheit der Banken anders als bisher geregelt sein soll. Dadurch besteht die große Gefahr, dass der Kapitalismus sich selbst dem Finanzmonopol ausliefern könnte. Es besteht jedoch genauso gut die Chance, dass die Bürger mehr über Finanzen lernen und mit den einfacher zu regulierenden großen Einheiten selbstbewusster und intelligenter umgehen.